

Linksdruck-Texte

Potsdam, den 8. Juli 2016

Jan Langehein
Redakteur

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 44
Telefax: 0331 / 966 15 40

Jan.langehein@
linksfraktion-brandenburg.de

Zwischen Cannabis und Crystal Meth – drogenpolitische Konferenz von Land- und Bundestagsfraktion

“Suchtprävention ist eine ständige Herausforderung und ein stetiger Prozess“, so René Wilke auf der Fachkonferenz der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg und der Linksfraktion im Bundestag zu aktuellen Herausforderungen an eine moderne Drogenpolitik und eine nachhaltige Suchtprävention. Fachleute von Polizei, Justiz, Verwaltung und Politik diskutierten gemeinsam mit Suchtberatern, betroffenen Eltern aktuelle Entwicklungen und Handlungsoptionen. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass Kriminalisierung weniger durch Erwerb und Konsum von Drogen entsteht, sondern vor allem durch Beschaffungskriminalität. Das führt zu der Schlussfolgerung, dass vor allem Händlerringe, kriminelle Beschaffung und Verbreitung verfolgt werden müssen, weniger die Konsumenten.

Bei Crystal Meth muss das positive Image als leistungssteigernde und Partydroge durch faire Aufklärungsarbeit entlarvt werden. Die mediale Skandalisierung hilft weder Betroffenen noch Angehörigen. Die Gefährlichkeit des längeren Gebrauchs von Crystal Meth ist unbestritten. Die steigende Zahl bei der Sicherstellung von Drogen weist auf ein deutlich größer werdendes Problem, auch im Land Brandenburg hin. Hier besteht Handlungsbedarf. Die Landesregierung Thüringen hat ein Rahmenkonzept zu Crystal Meth erarbeitet mit zielgruppenspezifischen Angeboten. Die zuständige Staatssekretärin Ines Feierabend hob noch einmal die Bedeutung vor allem niedrigschwelliger Angebote hervor.

Die Entkriminalisierung von Cannabis wurde kontrovers diskutiert. Vor dem Hintergrund, dass jahrzehntelang vergeblich versucht wurde, die Probleme auf dem kriminellen Markt zu lösen, muss man jetzt über neue Wege nachdenken. Ziel bleibt, die gesundheitlichen Risiken des Drogenmarktes zu minimieren. Dazu gehören eine bundesweit einheitliche Regelung zur Freigrenze und Modellprojekte für medizinische Forschung. Gerade die Verfolgung von Konsumenten und Kleindealern bindet finanzielle und personelle Ressourcen, die besser Einrichtungen der Drogenhilfe und der Prävention zu Gute kommen sollten. Dem widersprechen vor allem Vertreter von Elterninitiativen und Selbsthilfeorgani-

sationen, die Cannabis vor allem als Einstiegsdroge sehen. Sie forderten eine bessere finanzielle Ausstattung der Suchthilfestrukturen im Land Brandenburg und mehr Unterstützung für Elternverbände.

Das Fazit: Es gibt ein selbstbewusstes erfülltes Leben ohne Drogen. Wir brauchen eine integrierte Gesamtstrategie für eine nachhaltige Suchtprävention. Politik muss entsprechend der aktuellen Erfordernisse Schwerpunkte setzen. In der Drogenpolitik ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich. Die bisherige Kriminalisierung von Konsumierenden schränkt die Verfügbarkeit und den Konsum von Drogen nicht wirksam ein, sondern zwingt Konsumierende in den illegalen Markt. Damit wird die organisierte Kriminalität gefördert mit verheerenden Folgen. Ziel linker Drogenpolitik ist es, drogenbedingte Probleme zu reduzieren und Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rauschmitteln herzustellen.